

Obwalter nicht

In letzter Minute bemühten sich SPD und FDP, einen Zählkandidaten für die Wahl des Bundespräsidenten zu finden – fast eine Bonner Posse.

Anfang März, wenige Tage vor der offiziellen Nominierung des Bundestagspräsidenten Karl Carstens zum Präsidentschaftskandidaten der Union, bat Walter Scheel einen prominenten Christsozialen zu sich. „Richard“, fragte er den Bundestagsvizepräsidenten Stücklen, „war ich nicht ein guter Präsident?“

Der Bayer verstand den Hintersinn der Frage. „Ja, Walter“, erwiderte er, „das warst du.“ Dann fügte der CSU-Mann hinzu, wenn Scheel für eine zweite Amtszeit kandidieren würde, könne er allenfalls auf zwei Unionsstimmen rechnen, auf die des CDU-Abgeordneten Hans Evers, der sich offen für das amtierende Staatsoberhaupt erklärt hatte, und auf die „irgendeines Idioten, den es in einer so großen Fraktion ja immer gibt“.

Gleich nach der Abstimmung am 5. März, in der sich die Fraktionen von CDU und CSU in der Bundesversammlung eindeutig für den Bewerber Carstens erklärt hatten, bedankte sich der Präsident telefonisch für Stücklens „Offenheit“. „Richard, du hast recht gehabt.“

Tags darauf lehnte er die ihm vom FDP-Chef Hans-Dietrich Genscher und dem FDP-Fraktionsvorsitzenden Wolfgang Mischnick auch im Namen des SPD-Obersten Willy Brandt angebotene Kandidatur ab. Begründung: „Unter den obwaltenden Umständen“ sei „keine ‚offene‘ Mehrheit für ihn zu erwarten“.

Diese Formulierung aber erschien den Sozialliberalen immer noch sibyllinisch genug, daß sie vereinbarten, zunächst mal gar nichts zu tun. Erst an diesem Dienstag, einen Tag vor der Präsidentschaftswahl, wollten SPD und FDP die Kandidatenfrage beratschlagen. Als sie letzte Woche dann doch beschlossen, einen gemeinsamen Kandidaten zu präsentieren, schien eine Blamage noch keineswegs ausgeschlossen: Der parteilose Atomphysiker und Philosoph Carl Friedrich von Weizsäcker, Bruder des CDU-Politikers Richard von Weizsäcker, der 1969 für die Union erfolglos gegen Gustav Heinemann kandidiert hatte, bat Brandt und Genscher um Bedenkzeit.

Wie riskant das Spiel mit Walter Scheel in der Hinterhand war, hatte sich in den vergangenen 14 Tagen immer deutlicher abgezeichnet. Die vage Hoffnung der Koalitionsspitzen, ihr Mann in der Villa Hammerschmidt könnte vielleicht doch antreten, wenn

Carstens etwa im ersten Wahlgang nicht die erforderliche absolute Mehrheit bekäme, wurde durchkreuzt vom wachsenden Verlangen insbesondere der SPD-Basis nach einem eigenen Kandidaten.

Auch bei den Liberalen wuchsen die Zweifel an der Scheel-Strategie. Schon vor zwei Wochen gab FDP-Generalsekretär Günter Verheugen im Präsidium seiner Partei zu bedenken, es falle zunehmend schwer, Verständnis dafür zu finden, daß man insgeheim immer noch an einem Mann festhalte, der in den Augen der Bevölkerung längst aufgegeben habe. Verheugen: „Das verletzt das demokratische Stilempfinden.“

Als vorletzte Woche die SPD-Fraktion über das Kandidaten-Problem diskutierte, ließ Herbert Wehner durchblicken, daß die Abwarte-Taktik nicht länger durchzuhalten sei. Auf den Zwischenruf „Scheel soll bleiben“ antwor-



Koalitionskandidat Weizsäcker
Spontane Zustimmung der FDP

tete der Onkel: „Du hast recht. Walter können wir wählen, Obwalter nicht.“

Vergangenen Dienstag schließlich baten Willy Brandt und sein Bundesgeschäftsführer Egon Bahr ihre FDP-Kollegen Genscher und Verheugen zu einem klärenden Gespräch. Seine Partei, so der SPD-Chef, tendiere zu einem eigenen Kandidaten. Gegen einen SPD-Bewerber indes hatten die Liberalen Einwände. Aber über einen unabhängigen Kandidaten, von Brandt hilfsweise in Vorschlag gebracht, ließe sich reden, am besten, so der FDP-Generalsekretär, „ein Professor Doktor Gräfin mit Literatur-Nobelpreis“.

Zumindest zwei dieser Voraussetzungen erfüllte die von Verehrer Helmut Schmidt zunächst benannte Kandidatin: Doktor Marion Gräfin Dönhoff, Herausgeberin der liberalen Hamburger Wochenzeitung „Die Zeit“. Von



Schmidt-Kandidatin Gräfin Dönhoff
Nicht ja und nicht nein

Frau Dönhoff kam kein Ja und kein Nein.

Den wirklichen Durchbruch bei den Liberalen, die nach wie vor dazu neigten, an einem „Hintergrundkandidaten Scheel“ (FDP-MdB Detlef Kleinert) festzuhalten, schafften Brandt und Bahr aber erst, als sie am Donnerstagnachmittag den Professor von Weizsäcker vorschlugen. Eilends wurde die FDP-Fraktion zusammengetrommelt. Vor den 15 Abgeordneten, die zur Abendstunde noch erreichbar waren, berichtete Genscher über die Verhandlungen mit der SPD. Der Vorschlag Weizsäcker fand, so Kleinert, „bei allen Rednern spontane Zustimmung“.

Zur gleichen Zeit beschloß auch das SPD-Präsidium, dem Professor die Kandidatur anzutragen.

Der freilich wußte offiziell noch gar nichts von seinem Glück. Um so peinlicher für die Sozialliberalen, daß erstmals Journalisten den Ahnungslosen auf die Bonner Beschlüsse ansprachen. Weizsäcker zur Münchner „Abendzeitung“: „Ich habe keinerlei Absicht zu kandidieren.“ Und auf die Frage, wie er sich verhalten würde, wenn Brandt und Genscher ihn bäten, erwiderte der Leiter des Starnberger Max-Planck-Instituts zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt: „Darüber mache ich mir keine Gedanken. Ich bin und bleibe Wissenschaftler.“

Als der Ruf ihn endlich erreicht hatte, gab Weizsäcker sich schon gar nicht mehr so eindeutig ablehnend. Nach ihrem einstündigen Gespräch mit dem Wunschkandidaten im „Politischen Club“ in der Bonner Zitelfmannstraße durften die Parteiführer Brandt und Genscher wenigstens hoffen: An diesem Montag will Weizsäcker sich entscheiden. ♦